

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen GRÜNE, CDU, LINKE und BSW Beibehaltung der Anzahl der Ortsteilvertretungen (Ortsbeiräte)		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.09.2024	Bürgerservice-Ausschuss	Empfehlung
11.09.2024	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt:

1. mit den Ortsbeiräten in einen offenen Austausch zu treten, um den Bedarf und Nutzen von Strukturveränderungen für die kommende Wahlperiode ab 2029 zu ermitteln und daraus gegebenenfalls ein entsprechendes Konzept zu entwickeln;
2. bei entsprechender Akzeptanz einzelne Anpassungen noch in dieser Wahlperiode zu prüfen;
3. die Möglichkeit zu prüfen und ggf. zu unterstützen, dass in regelmäßigen Abständen (zum Beispiel 2x pro Jahr) gemeinsame Sitzungen angrenzender Ortsbeiräte stattfinden.

Sachverhalt:

Die Ortsbeiräte sind ein wichtiger Baustein der Demokratie in unserer Stadt. Sie beziehen rund 200 Ortsbeiratsmitglieder sowie weitere Stellvertreter*innen, Gäste und Ausschussmitglieder in die kommunalpolitische Arbeit ein und sie liefern Ideen und Einschätzungen zu diversen kommunalen Vorhaben in den Stadtteilen.

Es gibt aber auch Defizite, die es sinnvoll erscheinen lassen, über Weiterentwicklungen nachzudenken. Es gelingt nicht immer, kompetente Verwaltungsvertreter*innen in die Ortsbeiratssitzungen zu entsenden, was bei 19 Ortsbeiratssitzungen pro Monat auch nachvollziehbar ist. Die Zahl der Gäste in den Ortsbeiratssitzungen, die Ausschussarbeit und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit unterscheidet sich sehr stark und ist nicht immer befriedigend, auch für die Ortsbeiratsmitglieder selbst.

Daher ist es sinnvoll, Strukturveränderungen nicht grundsätzlich auszuschließen.

1. Veränderungen sollten nicht übers Knie gebrochen werden und nicht ohne die Einbeziehung der Ortsbeiräte erfolgen. Daher wird vorgeschlagen, die aktuelle Wahlperiode zu nutzen, um für die Wahlperiode 2029 daraus Maßnahmen abzuleiten. Die beschlossene Konferenz der Ortsbeiräte steht z.B. noch aus und könnte als Auftakt für eine entsprechende Diskussion genutzt werden.

2. Sollten sich Anpassungen ergeben, die eine breite Akzeptanz finden, so sollte es die Möglichkeit geben, diese auch schon zeitnäher umzusetzen, z.B.:

- ggf. Zuordnung des westlichen Teils des Stadthafens zur KTV, da überwiegend von Bewohner*innen der KTV genutzt

- ggf. Zuordnung des WarnowQuartiers oder der Alten Deponie zu Dierkow, weil starke räumliche Bezüge

(diese Bereiche haben keine Einwohner, daher würden diese Gebietsänderungen keine Veränderung der Wahlergebnisse für den Ortsbeiratsbereich zur Folge haben).

- ggf. regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Ortsbeiräte Dierkow Neu und Ost-West z.B. alle 2-3 Monate

3. Viele Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Straßen, Wege und Parks haben eine Bedeutung über den jeweiligen Stadtteil hinaus oder verbinden Stadtteile. Daher scheint es sinnvoll, in regelmäßigen gemeinsamen Ortsbeiratssitzungen solche gemeinsamen Themen zu besprechen. Diese gemeinsamen Sitzungen könnten auch genutzt werden, um stadtweite Themen zu beraten, wie z.B. den Haushalt, Schulentwicklungsplanung und den Flächennutzungsplan.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Prüfung von Maßnahmen führt ggf. zu Mehraufwendungen.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen führt ggf. zu Einsparungen, so dass im Wesentlichen von einer Kostenneutralität ausgegangen werden kann.

Andrea Krönert
GRÜNE-Fraktion

Chris Günther
CDU-Fraktion

Christian-Albrecht
LINKE-Fraktion

Toralf Herzer
BSW-Fraktion

Anlagen

Keine